

01.04.2019 - Syncreon will Betriebsrat herausklagen

Ein weiteres Beispiel für Union Busting

von vb

Der Logistikdienstleister Syncreon will seinen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Rainer Reising hinauswerfen und die fristlose Kündigung beim Arbeitsgericht Bremen durchklagen. Angeblich soll Reising Reisekosten falsch abgerechnet haben. Die IG Metall und die Beschäftigten der bundesweit sechs Syncreon-Standorte sind entsetzt. Sie halten die Reisekosten für einen Vorwand. «Seit Jahren missachtet Syncreon die Rechte der Beschäftigten und ihrer demokratisch gewählten Betriebsräte. Jetzt will die Geschäftsleitung Rainer Reising loswerden, weil er sich konsequent für die Rechte der Beschäftigten einsetzt», kritisiert Volker Stahmann, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Bremen. «Wir fordern die Rücknahme der Kündigung. Syncreon soll sich endlich an Recht und Gesetz halten.» Die IG Metall unterstützt Reising vor Gericht und sammelt Unterschriften gegen seine fristlose Kündigung. Der Gerichtstermin am Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven war am 27. März.

Syncreon ist bundesweit als Logistikdienstleister für die Autoindustrie tätig, unter anderem für den Autobauer Daimler in Bremen. Rainer Reising ist Vorsitzender des Betriebsrats in Bremen und wurde von den Betriebsräten aller deutschen Syncreon-Standorte zum Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats gewählt. Der Konflikt zwischen der Syncreon-Geschäftsleitung und den Beschäftigten ist in den letzten Jahren immer mehr eskaliert. Das liegt aus Sicht der IG Metall auch an den ständigen Personalwechseln im Management.

Über hundert Gerichtsverfahren mussten die Betriebsräte in den letzten vier Jahren führen. Sie kritisieren die hohen Belastungen und die aus ihrer Sicht rechtswidrigen Arbeitsbedingungen. Über zehn Prozent der Belegschaft sind krank, Arbeitsunfälle werden nicht gemeldet, Beschäftigte erhalten keine Arbeitskleidung, Leiharbeiter werden von heute auf morgen vor die Tür gesetzt, Betriebsräte werden für die Ausübung ihres gesetzlichen Amtes mit Lohnabzug bestraft. Die fristlose Kündigung des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden ist nun eine weitere Stufe der Eskalation.